



über
den Magistrat

Der Oberbürgermeister

an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration

31. Januar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Beschluss Nr. 112 vom 06.12.2011 wurde beschlossen, dass der Magistrat darüber berichten soll, wie eine künftige Bürgerbeteiligung umgesetzt werden soll.

Die Durchführung des Bürgerhaushalts 2010/11 wurde aufgrund der geringen Beteiligung (1,17%) als nicht vertretbar angesehen. Dies lag jedoch nicht an dem gewählten Wiesbadener Modell. Vielmehr ist bundesweit bei verschiedenen Konzepten von Bürgerhaushalten durchweg eine extrem geringe Beteiligung zu erwarten. Aktuelles Beispiel ist der Bürgerhaushalt der Stadt Frankfurt. Dort haben sich 2.769 Nutzer beteiligt. Das sind rd. 0,4 % der Einwohner bei benannten Kosten von 1,2 Mio Euro. Auch in Köln sinkt die Beteiligung, so haben sich bei der Durchführungsphase noch knapp über 10.000 Personen beteiligt, bei der Durchführung 2011 (für den Bürgerhaushalt 2012) wurden lediglich noch 7.198 Beteiligungen (unter 1%) erfasst.

Daher sollen andere, effektivere Wege und verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung (z. B. Bürgerbeteiligung Rhein-Main-Hallen) besprochen werden.

Es werden zur Zeit Formen recherchiert, die eine Bürgerbeteiligung via Internet unterstützen können, z. B. durch Bürgerbefragungen, Problemlandkarten, Vorschlagswesen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Müller

Dr. Helmut Müller